

Kanada wählt: Warum alt gleich neu ist, aber nicht ganz

Von Meike Wöhlert¹

- Am Dienstag, den 14. Oktober, wird in Kanada das Parlament neu gewählt. Der konservative Premierminister Stephen Harper wollte dadurch seiner Minderheitsregierung zu einer Mehrheit verhelfen.
- Zunächst schien sein Kalkül aufzugehen. Doch in den letzten beiden Wahlkampfwochen verloren die Konservativen deutlich an Vorsprung. Die Liberalen – die Oppositionspartei, die für einen ehrgeizigen Öko-Umverteilungsplan steht – konnten ihren Abwärtstrend dagegen stoppen und Prozentpunkte wettmachen.
- Auch die weiteren drei Akteure auf der politischen Bühne behaupten sich gut: Der *Bloc Québécois*, größte Partei in der Provinz Quebec, legte zu, die sozialdemokratische *New Democratic Party* (NDP) noch deutlicher; sie macht vor allem den Liberalen Konkurrenz. *The Greens*, die Grünen, waren bislang nicht im Parlament vertreten, etablieren sich aber als ernst zu nehmende politische Kraft.
- Zwar wird der neue Premierminister voraussichtlich der alte sein, aber er muss in einer sich verändernden politischen Landschaft agieren. Sollten die Grünen den Sprung ins *House of Commons* schaffen, werden fünf Parteien darin vertreten sein. Das traditionelle Modell einer einzigen, großen Regierungspartei steht damit zur Disposition.

Am 7. September 2008 besuchte der kanadische Premierminister Stephen Harper seine Nachbarin, die Generalgouverneurin Michaëlle Jean. Nach dem Gespräch mit der Stellvertreterin von Staatsoberhaupt Queen Elizabeth II. trat er vor die Presse und verkündete: „Ihre Exzellenz, die Generalgouverneurin, hält es für angebracht, das Parlament aufzulösen“. Anders ausgedrückt: Der konservative Premier rief Neuwahlen aus. Sie wurden für Dienstag, den 14. Oktober angesetzt,

dem frühest möglichen Termin überhaupt. Der Wahlkampf in Kanada dauerte damit genau 37 Tage.

Im Eilgalopp zu Neuwahlen

Von seinem Ausgang erhofft sich Harper eine Regierungsmehrheit für seine konservative Partei. Er stand seit Januar 2006 an der Spitze einer

Minderheitsregierung. Jetzt aber, so der Premier, erforderten die weltweiten ökonomischen Turbulenzen ein neues, erstarktes Mandat für die politische Führung. Außerdem begründete er seinen Schritt damit, dass das Parlament „disfunktional“ geworden sei.

Ironischerweise konnte das Parlament seine Funktionalität gar nicht mehr unter Beweis stellen; es war nach der Sommerpause noch nicht wieder zusammengetreten. Diese Formulierung war jedoch nötig, um dem Vorwurf zu begegnen, Harper breche sein eigenes Gesetz: Seine Regierung hatte beschlossen, Wahlen künftig nur alle vier Jahre abzuhalten. Stattdessen ruft er die Kanadier jetzt zum dritten Mal in etwas über vier Jahren an die Urnen. „Was für eine Verschwendung unserer Steuergelder!“ echauffierte sich sogleich ein Leser der Webseite der *Canadian Broadcasting Cooperation* (CBC).

Warum aber hatte es Harper plötzlich so eilig? Es ist denkbar, dass der Bush-Vertraute auf diese Weise die Sogwirkung eines wahrscheinlichen Demokratischen Präsidentschaftswahlgewinners in den USA vermeiden wollte – schließlich blicken selbst politisch sehr interessierte Kanadier häufiger Richtung Washington als nach Ottawa. Vielleicht erschien ihm aber auch nur die Gelegenheit günstig: Die Liberalen, Kanadas zweite große Partei, waren im Sommer mit einem ehrgeizigen Umweltplan an die Öffentlichkeit gegangen. Dank Harpers Schachzug wurde daraus nun zwangsläufig ein Wahlprogramm.

Die Schwächen der Liberalen

Der Plan der Liberalen trägt den Namen „Green Shift“, Verschiebung Richtung Grün. Sein Herzstück ist eine tiefgreifende Veränderung des Steuersystems, ähnlich der deutschen Ökosteuern. Demnach sollen Umweltverschmutzung, Müll und Treibhausgase stärker besteuert, Einkommen und Innovationen dafür entlastet werden. Experten loben das Programm, bei den Wählern aber bleibt vor allem das Wort „Steuer“ hängen.

Während die Liberalen eben diesen Wählern nun nonstop ihren „Green Shift“ erklären und ihnen

versichern müssen, dass keine Mehrbelastungen auf sie zukommen, konzentrieren sich die Konservativen darauf, den Plan als teures, undurchdachtes und waghalsiges Experiment zu deklassieren. Zunächst mit Erfolg: Zu Beginn des Wahlkampfs stürzten die Liberalen in den Umfragen regelrecht ab.

Die zweite Steilvorlage für Stephen Harper lieferte der führungsschwache liberale Parteichef Stéphane Dion selbst. Der blasse Professor war schon innerparteilich ein Kompromisskandidat. Er hat kein Charisma und den großen Nachteil, dass Englisch nicht seine Muttersprache ist. Obwohl der Franko-Kanadier sehr gut Englisch spricht, wirkt er dabei zusätzlich hölzern und gehemmt.

Deshalb kreist der zweite Punkt des konservativen Wahlkampfs um „Leadership“: Seine eigene Führungsstärke ist es, die Harper den Wählern anbietet. Wohin er die Kanadier führen will, blieb dabei die längste Zeit nebulös; erst eine Woche vor dem Wahltermin veröffentlichten die Konservativen ein Programm. Selbst dann stand außer einem 400-Millionen-Dollar-Hilfspaket für die gebeutelte Raumfahrt- und Autoindustrie wenig drin.

Dafür waren auf 41 groß gedruckten Seiten 22 Farbfotos von Stephen Harper verteilt. Oppositionsführer Stéphane Dion bezeichnete es als „Broschüre für Steuergeschenke“ und wurde nicht müde zu betonen, dass der einstige 12-Milliarden-Dollar-Überschuss – ein Erbe der letzten liberalen Regierung – während Harpers Amtszeit fast komplett dahingeschmolzen ist, Defizit nicht ausgeschlossen.

Die kleineren Parteien legen zu

Doch es gibt noch andere Akteure auf der politischen Bühne. Im (aufgelösten) 39. Parlament saßen 127 Konservative 95 Liberalen gegenüber. Drittstärkste Kraft war der *Bloc Québécois* mit 48 Sitzen. Die separatistische Partei der Provinz Québec bewegt sich in einem für Europäer schwer nachzuvollziehenden Politikfeld aus klassisch linken Positionen und einem ausge-

prägten franko-kanadischen Nationalismus. In Québec ist der Bloc die große Partei, Tendenz steigend.

Die vierte im *House of Commons* vertretene Partei war die *New Democratic Party*. Bislang hatte die NDP nur 30 Sitze. Im Gegensatz zu den Liberalen haben die Neuen Demokraten jedoch ein klares sozialdemokratisches Profil und eine starke Führungsfigur. Jack Layton hat Energie und Ausstrahlung und macht aus seinen Ambitionen keinen Hehl: Er lässt keine Gelegenheit aus, sich als potenzieller Premier zu inszenieren. Auch wenn daraus nichts werden wird – eine Weile sah es so aus, als könnte die NDP den straukelnden Liberalen den Rang als führende Oppositionspartei ablaufen.

The Green Party, Die Grünen, waren bislang ohne Sitz im Parlament, gewinnen jedoch stetig an Popularität. Letzten Umfragen zufolge würden 10 Prozent der Befragten grün wählen, 9 Prozent den *Bloc Québécois*. Auch die NDP holte auf und liegt jetzt bei 19 Prozent. Damit trennt sie nur noch sieben Prozentpunkte von den Liberalen, für die sich 26 Prozent entscheiden würden. Zwischenzeitlich waren die *Liberals* auf 23 Prozentpunkte abgesackt, konnten sich aber aus dem Tief wieder herausarbeiten.

Realitätsverlust bei den Konservativen?

Bei den Konservativen zeigt die Kurve dagegen nach unten. Während sie zu Beginn des Wahlkampfes mit über 40 Prozent weit in Führung lagen, sind sie inzwischen bei 34 Prozent angekommen; bei den letzten Wahlen konnten sie immerhin 36 Prozent der Stimmen für sich verbuchen. Schuld an der Talfahrt hat Stephen Harper zum Teil selbst. So richtig abwärts ging es nach einer Fernsehdebatte der Parteivorsitzenden Anfang Oktober, als Harper behauptete, die Kanadier sorgten sich angesichts der Finanzkrise nicht um ihre Arbeitsplätze, Häuser, Renten und Ersparnisse. Das Gegenteil ist der Fall – auch die Kanadier haben Existenzängste ob der Turbulenzen an den Finanzmärkten.

Zwar sind die kanadischen Banken durch weniger riskante Geschäfte tatsächlich besser aufgestellt als die US-amerikanischen und viele europäische, und auch der Häusermarkt ist noch relativ intakt. Dennoch wirken sich ökonomische Probleme in den USA zwangsläufig in Kanada aus: Die USA sind der wichtigste Handelspartner. Bricht dort der Konsum ein, fallen hier Arbeitsplätze und Kaufkraft weg. Das Wort „Rezession“ macht die Runde.

Stephen Harper, der sich zu Beginn der Kampagne vornehmlich im Pullover filmen ließ, um Wärme und Nähe zum Wahlvolk auszustrahlen, zeigte sich bei der TV-Debatte als kaltherziger Rationalist, der kein Verständnis für die Nöte des kleinen Mannes kennt. Vergangene Woche verstärkte er diesen Eindruck sogar noch: Empfindliche Verluste des kanadischen Aktienindex TSX kommentierte er damit, die ganze Panik führe vermutlich zu „großartigen Schnäppchen“ auf den Märkten. Viele Wähler fühlten sich verprellt, die anderen Parteien rieben sich die Hände.

Neue politische Landschaft

Und so bleibt es bis zum 14. Oktober doch ein bisschen spannend. Außerdem entsprechen aufgrund des reinen Mehrheitswahlrechts die Umfragewerte nicht unbedingt der Zahl der Sitze im Parlament. Wer welchen Wahlkreis in welcher Provinz gewinnt, ist nicht so leicht vorherzusagen. In Québec etwa gehen die Uhren ohnehin anders. Dort kann der *Bloc Québécois* mit fast 40 Prozent der Stimmen rechnen, die zweitplatzierten Konservativen kommen nur auf knapp 20 Prozent. An der Westküste, in British Columbia, verbuchen die Konservativen dagegen 42,5 Prozent, gefolgt von der NDP mit überaus erfolgreichen 24,5 Prozent. Den Liberalen bleiben dort mit 19,5 Prozent nur 6,5 Punkte mehr als den Grünen.

Ob die *Green Party* es schaffen wird, einen Wahlkreis zu erobern, ist zwar fraglich. Aber immerhin gelang der Parteivorsitzenden Elizabeth May kürzlich ein Etappensieg: Gegen den Widerstand der bislang im Parlament vertretenen

Parteien nahm sie an den Fernsehdebatten teil. Sie vertrat ihre Positionen mit großer Überzeugungskraft – führte etwa Deutschland als positives Beispiel für 400.000 neue Jobs im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz ins Feld – und untermauerte so den Status der Grünen als wählbare, ernst zu nehmende politische Kraft.

Nichtsdestotrotz wird der neue Premierminister wohl wie der alte Stephen Harper heißen. Aber die Veränderung der politischen Landschaft öffnet Raum für Gedankenspiele. Denn obwohl das angelsächsische Wahlsystem die Tradition von Koalitionen so gut wie gar nicht kennt, werden Stimmen hörbar, die sich für eine Regierung aus Liberalen und Neuen Demokraten aussprechen.

Wie Deutschland auch hat sich Kanada über die Jahre vom System zweier dominierender Parteien wegentwickelt. Sollten die Grünen tatsächlich den Sprung ins *House of Commons* schaffen, werden nach dem 14. Oktober fünf Parteien darin vertreten sein. Das Konzept einer Entweder-oder-Regierung von zwei Parteien scheint damit überholt.

Washington, DC – 10. Oktober 2008

Die hier dargestellten Positionen der Autorin spiegeln nicht zwangsläufig die Position der FES wider.

¹ Meike Wöhlert lebt und arbeitet als freie Journalistin in Kanada. Sie ist *Canada Liaison* der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Washington.